

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/028/2013

Kreisausschuss am 10.10.2013

Zu Punkt 19.1:	Solidaritätsumlage hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 26.09.2013
-----------------------	--

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen.

Kreistag am 14.10.2013

Zu Punkt 19:	Solidaritätsumlage hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 26.09.2013
---------------------	--

Landrat Hendele teilt mit, dass der Kreisausschuss den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen hat.

KA Wedel erläutert die Hintergründe des gemeinsamen Antrages und betont dabei insbesondere die schwierige Lage, dass fünf kreisangehörige Städte insgesamt 3/8 der Gesamtsumme der Solidarumlage zahlen müssen. Seiner Auffassung nach sei das System „mit Webfehlern“ belastet und hätte eine negative Anreizwirkung. In vielen Städten seien bereits Resolutionen verabschiedet worden. Er wirbt um eine möglichst breite Unterstützung des Antrages.

KA Schulte entgegnet, dass er den Kreistag für nicht unmittelbar zuständig halte und dass die SPD-Fraktion einen Antrag nur unterstütze, wenn die Forderung einer Regelung für die gesamten Kommunalfinanzen formuliert würde und nicht nur ein Teilaspekt betrachtet werde. Seine Kritik richtet sich auch gegen die Bundesebene.

KA Ibold ergänzt, dass der Antrag nicht nur falsch adressiert, sondern auch falsch terminiert sei, da der Gesetzentwurf zur Solidaritätsumlage lediglich in den Landtag eingebracht wurde. Zudem solle sich der Kreis nicht zwischen die Fronten der Städte stellen, schließlich seien im Kreisgebiet nicht nur Geber-, sondern auch Nehmerkommunen zu finden. Abschließend fordert er zudem die Solidarität des Bundes mit den Kommunen.

KA Horzella unterstützt den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP und macht deutlich, dass in der Bevölkerung kaum Akzeptanz oder Verständnis für das Verfahren zu finden ist.

Nach Auffassung von KA Köster sei die Solidarumlage nicht ausreichend, um die Schuldenmisere der Kommunen zu beheben. Zudem kritisiert er das Verhalten der Stadt Monheim am Rhein im Umgang mit dem Gewerbesteuersatz.

KA Völker betont, dass es seiner Fraktion um die Solidarität mit den kreisangehörigen Städten gehe und darum, bereits im Vorfeld einer möglichen Gesetzesverabschiedung etwas zu bewegen. Er stellt fest, dass die Berechnungsgrundlagen der Solidaritätsumlage unsolide seien und ist der Auffassung, dass ein gerechteres System sicherlich Zustimmung unter den Kommunen finden würde.

KA Ruppert stellt die Berechnungsgrundlagen der Solidaritätsumlage in Frage und bemerkt, dass ein Ungleichgewicht zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigem Raum geschaffen werde.

Landrat Hendele betont, dass es sich – unabhängig von parteipolitischen Verantwortlichkeiten – um ein systemimmanentes Problem der Landesregierung der letzten Jahrzehnte handele. Er zeigt sich enttäuscht, dass die Landesregierung ein Gesprächsangebot aus März 2013 zur Frage der Gemeindefinanzen nicht angenommen habe und verweist auf drei unabhängige Gutachten, die im Ergebnis alle zu dem Schluss kommen, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen völlig unterfinanziert sind. Die Ursachen liegen in der Struktur des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Allein durch die Tatsache, dass der Kreis bereits seit Jahren keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhält, habe man bereits Solidarität gezeigt. Eine weitere Belastung einzelner Städte hält er für nicht mehr vertretbar. Im Sinne der kreisangehörigen Städte bittet er um eine möglichst breite Ablehnung der Solidaritätsumlage.

KA Völker bietet an, den Beschlussvorschlag zu modifizieren, wenn er dann eine breitere Mehrheit finden würde und beantragt im Namen der CDU-Fraktion die namentliche Abstimmung.

KA Schulte betont noch einmal, dass man in der Sache nicht weit auseinander sei, lediglich zum Umfang andere Auffassungen vertrete. Er beantragt im Namen der SPD-Fraktion die geheime Abstimmung.

Nach kurzer Diskussion nehmen KA Völker und KA Schulte die Anträge ihrer Fraktion auf namentliche bzw. geheime Abstimmung zurück, so dass die Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag erfolgt.

Beschluss:

1. Der Kreistag des Kreises Mettmann lehnt die Einführung der Solidaritätsumlage im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes ab.
2. Der Landrat wird aufgefordert, alle gebotenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung gegen die Einführung einer Solidaritätsumlage zu intervenieren.
3. Der Landrat wird gebeten darzustellen, welche Aktivitäten und Gespräche gegen die Solidaritätsumlage bisher schon aufgenommen wurden und noch geplant sind sowie Möglichkeiten zur Abwendung der Solidaritätsumlage aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
14 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
3 Enthaltungen SPD-Fraktion
11 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
9 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
4 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME
2 Nein-Stimmen Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

KA Gödde bittet darum, die Zuständigkeit des Kreises für den eben gefassten Beschluss zu prüfen.